Rede von Willy Brandt über die Außenpolitik der Bundesrepublik (München, 20. Mai 1969)

Legende: Am 20. Mai 1969 hält Willy Brandt, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (BRD), vor der Gesellschaft für Auslandskunde eine Rede zur Außenpolitik der Großen Koalition. In der Europapolitik betont er die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Frankreich und hebt die Hauptziele für den europäischen Integrationsprozess hervor: die Vollendung, die Erweiterung und die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: BRANDT, Willy. Reden und Interviews (1968-1969). Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [s.d.]. p. 224-233.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:
http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_außenpolitik_der_bundesrepublik_munchen_20_mai_1969-de-62934d19-b975-4012-b9b1-4fbbb2a3d620.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Willy Brandt vor der Gesellschaft für Auslandskunde in München (20. Mai 1969)

Außenpolitik muß darauf gerichtet sein, Vertrauen zu schaffen. Nur so ist es möglich, bestehende Freundschaften zu festigen und neue Freunde zu gewinnen. In dieser Richtung haben wir in den letzten Jahren einiges erreicht.

Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der Welt hat sich gefestigt. Das verdanken wir nicht allein unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der inneren Stabilität unseres Staates, sondern mehr noch einer gradlinig vertretenen Politik der gleichberechtigten Zusammenarbeit, des Interessenausgleichs und der Friedenssicherung. Die Bundesrepublik Deutschland gilt in der Welt zunehmend als Partner, der unter Wahrung seiner Sicherheit und seiner vitalen Rechte Spannungen abbauen hilft und zu internationaler Kooperation fähig und bereit ist. Dies dient den eigenen Interessen besser, als anderen immerfort Bekenntnisse abzuverlangen, durch die sie sich überfordert fühlen oder denen sie nur Lippendienst erweisen. Wenn wir deutsche Politik weltweit erfolgreich vertreten wollen, müssen wir uns der nüchternen Sprache der Interessen bedienen und auf längst verbrauchte Beschwörungen verzichten.

Die Wandlungen, die sich in der Staatenwelt mit einiger Deutlichkeit abzuzeichnen beginnen, dürfen wir nicht übersehen. Es ist nicht länger so, daß der Antagonismus der Supermächte alles andere überspielt. Obergreifende Gemeinsamkeiten sind sichtbar geworden, und parallele Interessen formieren sich, die keineswegs immer deckungsgleich sind mit dem Eigeninteresse der Führungsmächte. Ich denke nicht, daß es von hier eine einfache Rückkehr geben kann zur starren Blockdisziplin des Kalten Krieges. Ebensowenig wird der von den beiden Supermächten über viele Hindernisse hinweg erstrebte bilaterale Ausgleich ein Gebot für die übrige Welt bedeuten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in diesem zukunftsbestimmenden Kräftespiel eine Mitverantwortung, der sie sich nicht entziehen darf. Wir haben unsere Position definiert und unsere Politik danach auszurichten begonnen. Das hat nichts mit Machtansprüchen zu tun, wie sie uns gelegentlich nachgesagt werden. Es geht auch nicht um Alleingänge auf Kosten unserer Verbündeten. Niemand bei uns denkt daran, die Basis des westlichen Verteidigungsbündnisses und der europäischen Gemeinschaften zu verlassen, um irgendwelchen Illusionen nachzujagen. Wir haben nur das getan, was früheren Bundesregierungen von den Verbündeten oft genug nahegelegt wurde: wir haben begonnen, im Rahmen des übergeordneten gemeinsamen Friedensinteresses die eigenen Interessen mit mehr Selbständigkeit und Deutlichkeit zu vertreten. Wer das als Hegemoniestreben mißdeuten will, der ist von der Wahrheit sehr weit entfernt.

In den letzten Wochen haben wir erneut erlebt, wie leicht sich mit Mißtrauen arbeiten läßt, wenn gewisse für uns überwundene Vorstellungen aus der Geschichte hervorgeholt werden. Nach dem Rücktritt de Gaulles konnte man manche Stimme hören, die ein von Deutschland beherrschtes Europa in der Art eines Schreckensbildes ankündigte, wenn nun nicht bald ein Gegengewicht geschaffen würde. Ähnliches hörten wir in der Diskussion um die schwierigen Währungsfragen; wobei allerdings nicht übersehen werden kann, daß gewisse kraftmeierische Mißtöne nicht gerade hilfreich gewesen sind.

Die Bundesrepublik Deutschland ist wirtschaftlich nicht schwach. Das ist gut für uns selbst und für andere. Aber es ist grotesk, wenn man behaupten will, wir strebten auf diesem Hintergrund in Europa eine Vormachtstellung an. Wir wissen, daß aus wirtschaftlicher Kraft internationale Verantwortung erwächst. Und ich hoffe, daß wir diese Verantwortung weiterhin in loyaler Weise erfüllen werden. Das Gerede über „Gegengewichte" halte ich für antiquiert. Im übrigen ist es ja so, daß wir die Erweiterung der EWG um Großbritannien und andere nicht verhindert haben, sondern für Beitrittsverhandlungen nachdrücklich eingetreten sind. Wir verstehen Europa als ein Feld der gleichberechtigten Kooperation, die obsolete Hegemonialvorstellungen ausschließen muß.

Die Erfahrung zeigt, daß der Zuwachs an moralisch-politischem Gewicht, den eine eigenständige Politik im weltweiten Rahmen bewirkt, unseren Bewegungsraum in Europa nicht automatisch vergrößert. Jede Fehleinschätzung dieser Realität wäre unheilvoll. Das kann vier Monate vor der Bundestagswahl nicht deutlich genug gesagt werden. Auch unsere Innenpolitik spielt sich nicht in einem abgeschlossenen Reservat

ab. Wer das glaubt und meint, er könne ausländische Besorgnisse selbstherrlich vom Tisch wischen, der soll sich nicht wundern, wenn die Vertretung deutscher Interessen in der Welt schwieriger wird.

Hier handelt es sich nicht darum, irgendwelchen nicht existenten Befehlen ausländischer Mächte nachzukommen, wie gewisse Volksverderber vorgeben. Hier geht es vielmehr — auch 24 Jahre nach Kriegsende — um die von Emotionen freie, nüchterne Einschätzung von Ursachen und Wirkungen. Wer das nicht begreift, den muß man von politischer Verantwortung fernhalten.

Ich bin für eine angemessene, selbstbewußte Vertretung unserer nationalen Interessen. Ich bin nicht dafür, daß man das Büßerhemd zur Nationaltracht machen läßt. Aber ich wende mich leidenschaftlich dagegen, wenn nicht nur rechtsnationalistische Randgruppen sondern auch andere den Versuch machen, der Wirklichkeit mit demagogischen Redensarten zu begegnen. Damit hilft man unserem Volk nicht, dadurch schadet man ihm. Unser Volk hat einen Rechtsanspruch auf weniger Phrasen und mehr Wahrhaftigkeit.

Dies gilt auch für unsere Einstellung zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Innenpolitische Demagogie in dieser Frage könnte draußen den Verdacht bestärken, es gebe bei uns Gruppen, die den längst ausgesprochenen Verzicht auf Kernwaffen nicht ehrlich meinen. Wer versucht ist, aus wahltaktischen Erwägungen solche Konsequenzen in Kauf zu nehmen, der sollte sich klarmachen, wie sehr er damit das spätere Regieren erschwert. Ich will mich heute nicht im einzelnen zum NV-Vertrag äußern. Als Außenminister habe ich der Bundesregierung eine Vorlage unterbreitet, über die im nächsten Monat zu befinden sein wird. Ich wünsche nichts anderes als eine sachliche Prüfung und Entscheidung. Nach dem Wahltag beginnt wieder ein politischer Alltag, der gewiß nicht leichter sein wird als vorher. Er wird um so schwerer sein, je mehr wir an jetzt entscheidungsreifen Fragen unerledigt vor uns herschieben. Wenn ich sage „wir", meine ich damit nicht die Partei, deren Vorsitzender ich bin, sondern die Regierung der Großen Koalition insgesamt. Und ich zähle zu den Themen, die wir nicht vor uns herschieben sollten, die politisch ratsame Weiterführung der Gespräche mit der Sowjetunion über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen ebenso wie die moralische gebotene Nichtverjährung von Mordtaten, die dem Volk insgesamt angelastet werden, wenn es sie nicht ahnden läßt.

Ein Kernpunkt deutscher Außenpolitik bleibt unser Verhältnis zu Frankreich. Wie eng wir mit unserem französischen Nachbarn verbunden sind, wurde uns in diesen Wochen auf eindringliche Weise erneut ins Bewußtsein gerufen.

General de Gaulle hat aus Gründen, die er selbst für schwerwiegend hielt, nach elfjähriger Amtszeit sein Amt als Staatschef niedergelegt. Was de Gaulle für Frankreich bedeutet hat, darüber steht nur seiner eigenen Nation ein Urteil zu. Dennoch möchte ich ein persönliches Wort sagen. Für mich stellt es sich so dar, daß der General seinem Volk zunächst die nationale Selbstachtung bewahrt und dann das nationale Selbstverständnis deutlich gemacht hat. Die eine vollbrachte er als Führer des Freien Frankreich nach der militärischen Niederlage, das andere als Präsident der V. Republik, der auf seine unverwechselbare Weise die Kontinuität einer großen Vergangenheit in das nukleare Zeitalter hinüberzuretten suchte. Wir Deutschen, die wir nach den Katastrophen dieses Jahrhunderts mit der nationalen Selbstbesinnung unsere eigenen Schwierigkeiten haben, sollten begreifen, welche moralische Kraft eine solche Haltung in sich schließt. Wir werden uns daran zu erinnern haben, daß Präsident de Gaulle mit der gleichen Beharrlichkeit, die oft an ihm kritisiert wurde, die nationale Einheit unseres Volkes als historische Notwendigkeit für das Konzept eines größeren Europa betrachtet und gefordert hat. Die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft hatte vor ihm Erfolge gezeitigt, aber in den Jahren seiner Präsidentschaft ist hieraus ein bleibender Faktor der europäischen Politik geworden.

Ein Wort über de Gaulle als Europäer zu sagen, ist weniger einfach. Für alle, die auf dem Wege der europäischen Einigung ein rascheres Voranschreiten wünschten, gab es Zweifel und Widersprüche, die das Urteil des Tages beeinflussen müssen. Ich gehöre, wie man weiß, zu denen, die sich mit diesen Zweifeln und Widersprüchen auseinanderzusetzen hatten. Wenn ich trotzdem sage, daß ich de Gaulle zu den großen Europäern zähle, dann ist dies kein Paradox. Seine Sicht der Dinge war zuweilen eingeengt durch die Vergangenheit; zuweilen überbrückte sie aber auch weite Distanzen und mündete in Zukunftsvisionen, die nicht jeder nachzuvollziehen vermochte.

Was er in das politische Denken unserer Zeit eingebracht hat, ist die konkrete Utopie eines dauerhaft befriedeten Europa. Und heute wagt kaum noch jemand zu behaupten, daß die Erledigung der politischen Alltagsgeschäfte auch ohne eine solche Zielvorstellung sinnvoll wäre. Ich nenne das ganz bewußt eine konkrete Utopie und verwende damit einen sonst innenpolitisch belegten Begriff. Wenn eine konkrete Utopie innenpolitisch im Gespräch mit reformbesessenen jugendlichen Aktivisten schon so sehr vermißt wird, wieviel mehr muß dies erst für die Außenpolitik gelten!

Ob die dauerhafte und gerechte gesamteuropäische Friedensordnung ein Europa der Vaterländer sein wird oder welche überstaatlichen Konzeptionen sich damit auf kürzere Sicht vereinbaren lassen, vermag wohl niemand vorauszusehen. Aber daß dieses Konzept einer europäischen Friedensordnung jetzt von der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit den Partnern der atlantischen Allianz als konkretes politisches Ziel angestrebt wird, läßt auf Wirkungen schließen, die an der Oberfläche des so problematischen französischen Verhältnisses zur NATO nicht leicht auszumachen wären. Es spricht vieles dafür, daß in jenen elf Präsidentenjahren Tradition begründet wurde, die auch künftige französische Regierungen verpflichtet.

Für die Bundesregierung ergeben sich in bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen keine Änderungen. Die Aussöhnung zwischen unseren Völkern, so habe ich schon früher gesagt, ist eine so fest begründete Tatsache, daß eine Ablösung von Regierungen ihr nichts anhaben kann. Die enge Zusammenarbeit wird auf bewährter Grundlage fortgesetzt werden. Vielleicht wird sie auf manchen Gebieten sogar leichter zu Ergebnissen führen. Auch solche Hoffnungen sind nicht abwegig. Sie erstrecken sich insbesondere auf einen Fortschritt in der Europapolitik.

Für die deutsche Regierung sind und bleiben die europäischen Gemeinschaften Ecksteine auf dem Wege zur Einigung Europas. Seit Abschluß der Verträge von Rom wurde viel erreicht. Aber damit können wir uns nicht zufrieden geben. Eine weitere Stärkung der Gemeinschaften und ihr innerer Ausbau sind für uns von wesentlichem wirtschaftlichen und politischen Interesse. Gleichzeitig unterstützen wir die Erweiterung der Gemeinschaften um die Länder, die bereit und in der Lage sind, den Verpflichtungen der römischen Verträge nachzukommen und ihren Beitrag in den Gemeinschaften zu leisten. Wir meinen, daß hierbei keine Nation ausgeschlossen werden darf, die es mit der Einigung Europas ernst meint. Dabei ist nicht zu verkennen, daß der Beitritt eines Landes, zumal aber mehrerer Länder, zur EWG Probleme aufwerfen kann, die zunächst schwierig erscheinen. Hier heißt es, die Probleme im Geiste der römischen Verträge durch entsprechende Verhandlungen zu analysieren und zu klären. Es ist durchaus denkbar, daß Beitrittsverhandlungen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Um so vernünftiger erschien es uns schon vor geraumer Zeit, den beitrittswilligen Ländern handelspolitische Zwischenlösungen anzubieten, die von gemeinsamem Nutzen sein würden.

Die wirtschaftliche Einigung ist unerläßliche Grundlage für ein politisches Zusammenrücken. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß es einen automatischen Übergang von wirtschaftlicher Integration zu politischer Union nicht gibt. Es bedarf dazu eigener, zusätzlicher Anstrengungen. Für die nächste Zeit scheint mir ein pragmatisches Vorgehen am ehesten geeignet zu sein, Fortschritte zu erzielen. Nur gemeinsame konkrete Bemühungen werden eine Annäherung in jenen politischen Fragen ermöglichen, in denen im Augenblick die Meinungen noch weit auseinandergehen. Mir scheint, wir sollten uns der bereits vorhandenen Möglichkeiten und Institutionen besser bedienen als bisher. Dies war ja auch der Grund, warum wir uns für eine Intensivierung der politischen Konsultationen in der WEU eingesetzt haben.

Drei Ziele stehen also im Vordergrund unserer Europapolitik:

1. Ausbau der Europäischen Gemeinschaften zu einer vollen Wirtschaftsunion;
2. Erweiterung der Gemeinschaften um die Länder, die dazu bereit und in der Lage sind;
3. Neue Bemühungen auf dem Wege zur politischen Zusammenarbeit.

Diese Ziele sind nicht utopisch. Sie sind erreichbar, wenn wir sie gemeinsam mit anderen in Angriff nehmen. Die Aufgabe unserer Generation ist es, die Sicherheit Europas zu gewährleisten, indem wir Europa einigen. Diese Aufgabe nimmt uns Europäern niemand ab. Wir müssen sie bald in die Hand nehmen, wenn

wir Europa von einem Objekt zu einem Subjekt des Weltgeschehens machen wollen. Nur ein vereintes Europa, das sich auf die Fähigkeiten und das Können aller Völker unseres Erdteils stützt, wird in der Lage sein, sich Gehör zu verschaffen und seinen Platz in der Welt zu sichern. Ein solches Europa wäre ein Gewinn für alle Völker der Erde. Es könnte Hilfe leisten, wo Hilfe gewünscht wird; es könnte ausgleichend wirken, wo den Supermächten der Ausgleich versagt ist; vor allem aber könnte es seinen Beitrag zur Sicherung des Friedens unter den Völkern der Erde leisten. Und dies muß das Hauptziel einer jeden vernünftigen Politik sein.

Die Sowjetunion hat im März dieses Jahres mit den anderen Staaten des Warschauer Paktes die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz vorgeschlagen. Ich meinte und meine, wir täten gut daran, diesen Gedanken nicht rundweg abzulehnen. Unsere Sicherheit ist eine zu ernste Sache, als daß man nicht jede Gelegenheit, die ihr dienen könnte, sorgfältig überdenken sollte. Wir wollen keinen Illusionen nachjagen und sind wie unsere Verbündeten der Auffassung, daß jede Konferenz von den vorgegebenen realen Gegebenheiten auszugehen hat. In diesem Fall gehört dazu die volle Beteiligung der nordamerikanischen Partner. Sicherheit für unseren Teil Europas ist ohne die Vereinigten Staaten nicht möglich.

Eine europäische Sicherheitskonferenz wäre allerdings nur sinnvoll, wenn sie sorgfältig vorbereitet würde. Dies gilt nur für unsere Freunde in der westlichen Allianz, sondern auch für die Länder, die weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören und die selbstverständlich an einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz zu beteiligen wären, wie ich dies kürzlich auf dem Oberseetag in Hamburg eingehend dargelegt habe. Ohne ausreichende Vorbereitung ist die Gefahr sehr groß, daß eine Zusammenkunft von etwa dreißig europäischen Staaten sehr leicht in einen Austausch von Deklamationen und gegenseitigen Beschuldigungen ausartet. Dies wäre schädlich für die Idee der europäischen Sicherheit und für die Völker dieses Erdteils.

Meine Hoffnung ist nicht sehr groß, daß es auf kurze Sicht zu der vorgeschlagenen Sicherheitskonferenz kommen wird. Wie mir scheint, fehlt es im Augenblick an einem adäquaten Verhalten und konkludenten Handeln, das ich voraussetze, wenn neben einer verbindlichen Auslegung und Präzisierung der Budapester Deklaration ein geeignetes Klima für eine Ost-West-Konferenz geschaffen werden soll. In den vor uns liegenden Monaten werden wir beobachten können, ob die Sowjetunion und ihre Paktpartner zu solchem Verhalten und solchem Handeln bereit sind.

Wer sich die so überaus gehässige sowjetische Erklärung anläßlich der Jubiläumstagung des NATO-Rats in Washington in Erinnerung ruft, der wird kaum optimistisch sein können. Ehe diese Primitivität nicht überwunden ist, werden wir dem gesamteuropäischen Interessenausgleich leider nicht näher kommen.

Dieses unerfreuliche Kapitel betrifft uns Deutsche in besonderem Maße. Wir sind es nachgerade gewöhnt, immer wieder als die Verkörperung alles Bösen verketzert zu werden. Die Bundesregierung, in der ich für die auswärtigen Beziehungen verantwortlich zeichne, hat in den zweieinhalb Jahren vieles unternommen, um ihren Verständigungswillen gegenüber allen unmittelbaren und mittelbaren Nachbarn im Osten unmißverständlich darzutun. Sie hat dafür in aller Welt Verständnis und Anerkennung gefunden, kaum aber in Moskau, jedenfalls nicht in Ostberlin. Ich sage das nicht, um zu jammern oder Mitleid anzurufen. Dazu ist mir die Kompliziertheit unserer Lage viel zu sehr bewußt. Ich sage es, um deutlich zu machen, welches Stehvermögen und welche politische Zähigkeit notwendig sind, wenn man die große Zielvorstellung, die konkrete Utopie nicht aus dem Blick verlieren will.

An Stehvermögen und Zähigkeit wird es uns auch weiterhin nicht fehlen. Diffamierungen und Anwürfen ist leicht standzuhalten, wenn man ein gutes Gewissen hat. Sie werden Schritt für Schritt durch die Wirklichkeit widerlegt werden, und das schließlich auch dort, wo man sich immer noch verzweifelt bemüht, die Wirklichkeit nach einem vorgefaßten Schema zurechtzubiegen. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort zu dem Vorschlag Gomulkas sagen, wir sollten ein Abkommen treffen, um die deutsch-polnische Grenze von uns aus völkerrechtlich festzulegen. Ich habe gestern in Bonn gesagt und wiederhole es heute hier, daß wir jederzeit bereit sind, mit der polnischen Regierung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen unter Einschluss des Grenzproblems — als Element einer europäischen Friedensordnung — zu verhandeln. Wir sind gesprächsbereit. Die Aussöhnung mit Polen ist eine der großen

Aufgaben, die vor uns liegen. Und ich bin sicher, daß dieses Ziel auch von der großen Mehrheit der heimatvertriebenen Landsleute bejaht wird.

Ich will noch einmal betonen, daß die Idee einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz gut ist und in unseren Überlegungen eines gesicherten Friedens ihren Platz gefunden hat. Wir selbst haben der Sowjetunion, den anderen osteuropäischen Staaten und der Regierung im anderen Teil Deutschlands zahlreiche konkrete Vorschläge gemacht, wie die wechselseitigen Beziehungen verbessert werden können. Die Welt kennt diese Vorschläge und wird im Laufe der Zeit immer leichter beurteilen können, ob sie vernünftig sind. Wir haben ebenso klargemacht, daß Vorbedingungen für uns unannehmbar sind. Man darf nicht vor Beginn jeden Gesprächs Ergebnisse vorwegnehmen wollen, die nach allen Erfahrungen der praktischen Politik nur im Verlaufe von Verhandlungen in einen Kompromiß einfließen könnten.

In Ostberlin ist man bekanntlich bemüht, von den als zu geschmeidig empfundenen Formulierungen des Budapester Dokuments herunterzukommen. Man fordert, daß wir die DDR als für uns fremden Staat in unwiderruflicher Weise völkerrechtlich anerkennen. Für die Durchsetzung dieser Forderung soll jede Möglichkeit auch nur menschlicher Erleichterungen über die Grenzen hinweg aufgeopfert werden. Dabei sollte es doch eine Selbstverständlichkeit sein, daß im Lichte einer langen Geschichte die DDR für uns ebensowenig Ausland sein kann wie die Bundesrepublik für die Landsleute in der DDR. Dieses grundsätzliche Nein zu einer historischen Absurdität zielt nicht auf die Diskriminierung. Auch das ist unmissverständlich präzisiert worden. Selbstverständlich erkennen wir an, daß der gegenwärtige Zustand einer vorurteilslosen praktischen Regelung im Interesse der Menschen und im Interesse der Nation bedarf. Bundesregierung und Bundestag haben erst vor wenigen Wochen eindeutig bekräftigt, daß unsere Bereitschaft zu einer solchen Regelung Verhandlungen auf Regierungsebene einschließt. Niemand kann dies Diskriminierung nennen, nachdem ein ganzer Katalog von innerdeutschen Beratungsthemen als Vorschlag der Bundesregierung seit geraumer Zeit auf dem Tisch liegt.

Der Modus vivendi zwischen den beiden Teilen Deutschlands ist eine Sache, die mit einem Minimum an Einvernehmen begonnen und geduldig weiterentwickelt werden muß. Er wird dann auch das schwierige Gebiet der internationalen Beziehungen nicht ausklammern können, das früher mit dem chirurgischen Messer der sogenannten Hallstein-Doktrin vermeintlich radikal, jedenfalls recht undifferenziert behandelt worden war. Zu diesem Problem sind aus aktuellem Anlaß einige Worte angebracht.

Zwei Länder, der Irak und Kambodscha, haben es für vorteilhaft gehalten, die DDR diplomatisch anzuerkennen. Die Bundesregierung hat hierauf geantwortet. Ihre Antworten mögen auf den ersten Blick nach automatischer Anwendung einer überholten Doktrin aussehen. Eine derartige Betrachtungsweise wäre falsch. Beide Fälle sind jeder für sich zu beurteilen und zwar ausschließlich aus der Interessenlage unserer auf Verständigung und Verhandlungen gerichteten deutschen Politik.

Bei der Beurteilung der Beziehungen anderer zur DDR spielen für uns zwei Aspekte eine wesentliche Rolle. Einmal ist die Form von wesentlicher Bedeutung. Impliziert sie eine völkerrechtliche Sanktionierung der deutschen Spaltung und läßt sie jeden positiven Bezug auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit vermissen, so kann sie von uns natürlich nicht hingenommen werden. Zum anderen ist zu untersuchen, ob unabhängig von der Form uns gegenüber ein unfreundlicher Akt deswegen begangen wird, weil die Motive und die Wahl des Zeitpunktes als eine Desavouierung unserer innerdeutschen Bemühungen erscheinen müssen.

Mit anderen Worten: Eine Anerkennung der DDR durch dritte Staaten wird für uns insbesondere solange als unfreundlicher Akt anzusehen sein, wie die DDR im innerdeutschen Verhältnis ihre intransigente und böswillige Haltung nicht modifiziert. Im Übrigen ist es logisch, daß die von uns erstrebte innerdeutsche Annäherung, die Entwicklung von der innerdeutschen Konfrontation zur innerdeutschen Kooperation sich in den internationalen Bereich fortsetzen würde. Wir wollen doch unsere Landsleute in der DDR nicht vom internationalen Austausch isolieren. Das Gegenteil ist richtig. Sollte es also zu einem wirklichen Modus vivendi kommen, so wird er als ein geschichtliches Übergangsstadium auch international so formalisiert werden können, daß das Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht verloren geht. Auch darüber wird zu sprechen sein, wenn die Verantwortlichen in Ostberlin einmal zu Verhandlungen bereit sind.

Inzwischen bin ich dagegen, uns die Hände dadurch zu binden, daß wir die DDR-Regierung irgendwo in der Welt einen Alleinvertretungsanspruch einräumen.

Doch zurück zur gegenwärtigen Lage. Es kann keinen Zweifel geben, daß die Entscheidung der Regierung des Irak, die diplomatischen Beziehungen mit uns nicht wieder aufzunehmen, sondern stattdessen mit der DDR Botschafter auszutauschen, ein unfreundlicher Akt war. Wir bedauern dies um so mehr, weil wir uns seit langem um die Normalisierung unserer Beziehungen zu den arabischen Staaten bemühen. In diese Bemühungen wird der Irak nun bis auf weiteres nicht mehr einbezogen sein können. Darüber hinaus kann es sich für uns aber jetzt nicht etwa darum handeln, im arabischen Raum eine anti-irakische Politik zu betreiben. Das wäre nicht nur deshalb töricht, weil in den deutsch-arabischen Beziehungen ein reiner Bilateralismus kaum zu praktizieren ist. Unsere Haltung ist auch nicht die der Hilflosigkeit, wie einige Kommentatoren wissen wollen. Feindschaft zu pflegen entspricht nicht dem Charakter unserer Außenpolitik.

Dies gilt selbstverständlich auch für Kambodscha, dessen Entscheidung in Bezug auf die DDR schwer verständlich ist, wenn man die uns gegenüber abgegebenen Erklärungen nicht vergessen hat. Man muß schon nach Erklärungen suchen, die sich aus der fernöstlichen Problematik ergeben; und damit meine ich die vermutete Nach-Vietnam-Situation ebenso wie das sowjetisch-chinesische Verhältnis. Es ist bekannt, daß wir unseren Botschafter abberufen haben. Damit sind aber die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen. Wir erwarten vielmehr den kambodschanischen Botschafter zu baldigen Gesprächen in Bonn. Nach diesen Gesprächen wird dann darüber zu befinden sein, welche weiteren Maßnahmen in unserem Interesse zu ergreifen sind.

Jeder souveräne Staat ist in seinen Entscheidungen frei. Und wenn er meint, die völkerrechtliche Anerkennung der Teilung Deutschlands diene langfristig seinen Interessen und sei mehr wert als die Freundschaft mit der Bundesrepublik, dann soll er so handeln, wie er es für richtig hält. Wir nehmen dann aber das Recht in Anspruch, dies in unserer Politik in Rechnung zu stellen. Ein Staat von dem Gewicht und dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland kann sich darauf verlassen, daß eine solche Erklärung in der Welt ernst genommen wird. Irgendwelcher Drohungen, die uns nicht liegen, bedarf es dann nicht.

Auch bei der Beantwortung solcher Fragen dürfen wir nicht vergessen, daß uns ein gesundes Maß an Selbstbewußtsein am besten ansteht. Sinn für Größenordnungen wird nicht nur von uns erwartet, auch wir dürfen ihn bei anderen voraussetzen. Er kann allerdings versagen, wenn Emotionen ins Spiel kommen. Und die offizielle Begründung des irakischen Schrittes läßt ja beispielsweise ziemlich klar erkennen, in welchem Grade Emotionen beteiligt waren.

Außenpolitik als Funktion des Hasses ist eine schreckliche Sache, wie wir am eigenen Leibe erfahren haben. Noch heute finden wir an den Krisenpunkten dieser Welt überall menschlichen Haß, der den Blick für friedliche Lösungen trübt. Wir Deutschen sollten diese Lehre der Geschichte inzwischen begriffen haben. Mit Haßparolen aufgeheizte Leidenschaft darf gerade im Herzen Europas nicht noch einmal die Gefahr einer Weltkatastrophe heraufbeschwören. Und wenn wir im innerdeutschen Verhältnis Äußerungen eines systematisch genährten Hasses begegnen, dann müssen wir uns klarmachen, daß Haß erst dann wirklich gefährlich wird, wenn er von zwei Seiten aufeinanderstößt. Einseitig bekundeter Haß demaskiert und diskreditiert die Urheber um so mehr, je gelassener man reagiert. Genau das ist die Haltung, die unsere Stellung und unser Ansehen in der Welt begründen. Sie wird, was an mir liegt, ein Grundzug unserer Außenpolitik bleiben.

Wenig mehr als ein Katzensprung trennt uns vom Beginn der 70er Jahre, über die innenpolitisch und außenpolitisch so viel gesprochen wird. Ein wenig hat man das Gefühl, daß hier eine oft beschworene Zukunft allzu plötzlich hereinbricht. Die Bundesrepublik Deutschland, die in diesen Tagen 20 Jahre besteht, ist auf jene 70er Jahre noch immer nicht gründlich genug vorbereitet. Die innere Struktur von Staat und Gesellschaft läßt bei aller Stabilität noch Mängel erkennen, die eine optimale Effektivität beträchtlich mindern. Wer zu beobachten versteht, der hat längst erkannt, wie sehr im Zeitalter der technotronischen Umwälzung das äußere Gewicht eines Staates von seiner inneren Effektivität abhängt. Es ist deshalb nicht übertrieben, wenn ich sage: für den Weg der Bundesrepublik in die 70er Jahre kommt der nächsten

Bundestagswahl entscheidende Bedeutung zu. Nur mit Aufgeschlossenheit für moderne Gedanken, nur mit nüchterner Einschätzung der ungenutzten Möglichkeiten wie der fortdauernden Beschränkungen werden wir unserem Volk seinen Platz in einem friedlich geordneten Europa und in der Welt sichern können.

Daß auch die nächste Bundesregierung es in der Außenpolitik schwer haben wird, ist leicht vorauszusagen. Wichtige Entscheidungen, die langfristig die Entwicklung bestimmen werden, sind durch uns nur in bescheidenem Maße zu beeinflussen. Der Friede in Asien, den die Supermächte offensichtlich wünschen, kann nur von den unmittelbar Beteiligten herbeigeführt werden. Wie die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sich im übrigen gestalten werden, hängt auch von der inneren Entwicklung der jeweiligen Bündnissysteme ab. Hierbei kommt der künftigen Politik Frankreichs auf der einen und dem Schicksal der Tschechoslowakei auf der anderen Seite besondere Bedeutung zu. Ob den Großmächten das Management der Nahostkrise gelingen wird, muß sich erst erweisen. Und die Entwicklung der Volksrepublik China bleibt ein Unsicherheitsfaktor von beträchtlichem Gewicht.

In diesem komplizierten Geflecht der Wechselwirkungen hat Deutschland, auch wenn es dies wollte, nicht die Macht, irgendjemandem seinen Willen aufzuzwingen. Deshalb kann uns nur eine Politik weiterhelfen, die klar und unmissverständlich ist; die ihre Ziele kennt und sie unbeirrbar mit friedlichen Mitteln anstrebt; die nicht müde wird zu überzeugen, weil sie auf ihre langfristige Überzeugungskraft vertrauen darf. Mt einer solchen Politik hat die Bundesrepublik in den 70er Jahren viel zu gewinnen, kann Deutschland zu einer friedenssichernden und friedensbewahrenden europäischen Kraft werden.

Allein werden wir hierzu nicht in der Lage sein. Wir bedürfen unserer Freunde, deren Vertrauen wir uns ständig würdig zu erweisen haben. Dies gilt in besonderem Maße für unsere Partner in der westlichen Verteidigungsallianz ... .

Zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen, wie wichtig es ist, daß die deutsche Außenpolitik am Generalnenner der Friedenssicherung orientiert bleibt. Zu dieser grundsätzlichen Orientierung gehört:

— unverminderte Mitwirkung daran, die Verteidigungsbereitschaft des westlichen Bündnisses auf einem hohen Stand zu halten;
— im Schutz der gemeinsamen Sicherheit alle Anstrengungen zur Erweiterung der europäischen Gemeinschaften und zur politischen Zusammenarbeit in unserem Teil Europas zu unternehmen;
— mitzuarbeiten an der Verwirklichung der politischen Friedensziele der Atlantischen Allianz;
— Ausschöpfung aller multilateralen und bilateralen Möglichkeiten, mit der Sowjetunion und den Warschauer-Pakt-Staaten zu einer Verbesserung der Beziehungen und schließlich zu einem Ausgleich der Interessen zu gelangen;
— auf einen innerdeutschen Modus vivendi hinzuwirken mit dem Ziel einer fortschreitenden Annäherung der getrennten Teile unseres Landes;
— überall in der Welt so aufzutreten, daß wir unsere umfassende Bereitschaft zur Verständigung, zum Ausgleich und zur Kooperation erhärten;
— und nicht zuletzt zur Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa beizutragen, die unter Wahrung der vitalen Rechte des deutschen Volkes eine Generalbereinigung der widerstreitenden Interessen ermöglichen soll.

Auf jedem einzelnen der genannten Gebiete, die einander ergänzen, gibt es Fortschritte und Hindernisse in verschiedener Abstufung. Und selbstverständlich hängt es nicht nur von uns und unserem guten Willen ab, ob Hindernisse überwindbar werden. Das weiß der Außenminister mindestens ebensogut wie mancher, der ihm superkluge Ratschläge gibt.

Die grundsätzliche und durchgängige Bereitschaft zur Verständigung und zur Zusammenarbeit ist kein Illusionismus und auch kein taktisches Manöver. Die sichere Basis des westlichen Verteidigungsbündnisses, die Gemeinsamkeit mit unseren westeuropäischen Partnern und unser gewachsenes Gewicht in der Welt geben uns die Möglichkeit, unseren Weg zu gehen, ohne uns in Gefahr zu begeben. Als Illusionismus muß dagegen jene Politik erscheinen, die da zu glauben scheint, das Wechselbad verbaler Verständigung und nationalistischer Borniertheit fortsetzen zu können. Dazu müssen wir Nein sagen, weil es schlecht für

Deutschland ist.